

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatthaus“

Einzelhefte geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.  
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich



12 Ausgaben.

Fernruf:

„Tagblatthaus“ Nr. 6656-33.  
Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.  
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugspreise: Durch den Verlag bezogen: RM. 3.80 monatlich, RM. 11.40 vierteljährlich, ohne Transport; durch die Post bezogen: RM. 4.75 monatlich, RM. 14.25 vierteljährlich, ohne Postgebühren. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabevertreter, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Verzögerungen oder Streiks haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.

Anzeigenpreise: Erste Anzeigen RM. 1.25, auswärtige Anzeigen RM. 1.50, Briefliche Reklamen RM. 5.—, auswärtige Reklamen RM. 7.— für die entsprechende Reklamestelle oder deren Raum. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechender Nachzahlung. — Schluss der Anzeigenannahme für beide Ausgaben: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin NW. 40, Fürst Bismarckstraße 2. Fernsprecher: Amt Hansa 1371-1373.

Freitag, 9. Juli 1920.

Abend-Ausgabe.

Nr. 316. ♦ 68. Jahrgang.

## Sechs Monate Frist!

Die Verhandlungen über die Herabsetzung der Heeresstärke von 200 000 auf 100 000 Mann haben am Donnerstag in Spa wieder eine ernste Wendung genommen. In einer in ultimative Form gefassten Erklärung verlangt die Entente, daß das deutsche Heer bis 1. Oktober 1920 auf 150 000 Mann und bis 1. Januar 1921 auf 100 000 Mann verringert wird. Gleichzeitig wird die sofortige Entwaffnung der Einwohnerwehren und der Sicherheitspolizei gefordert. Sollten diese Bedingungen nicht erfüllt werden, so wollen die Alliierten zur Besetzung weiterer deutscher Gebiete schreiten, sei es das Ruhrgebiet oder ein anderer Teil des Reiches, wie Frankfurt, Mannheim usw. Die Alliierten legen den § 18 des Anhanges 2 zu den Wiedergutmachungsartikeln des Friedensvertrages, wie man weiß, so aus, daß er ihnen unter allen Umständen das Recht gibt, neue Besetzungen vorzunehmen.

In den Noten der Verbündeten über die Entwaffnungsfrage vom 28. Juni hieß es:

„Die verbündeten Regierungen haben nach ernsthafter Prüfung dieser Sachlage einstimmig beschlossen, die in dem von Deutschland unterzeichneten Friedensvertrag enthaltenen Bestimmungen über die Entwaffnung, sowohl was die Heeresstärke als auch was das Kriegsmaterial betrifft, in vollem Umfang aufrechtzuerhalten. . . Im übrigen haben die Verbündeten, indem sie die für diese Maßnahme — nämlich die Herabsetzung der Heeresstärke auf 100 000 Mann — erforderliche Frist bis zum 10. Juli verlängerten, den Schwierigkeiten vollauf Rechnung getragen, auf die Deutschland sich billigerweise berufen kann. Unter diesen Umständen haben die Verbündeten keine Veranlassung, einer erneuten Verlängerung der Frist zuzustimmen. Die militärischen Bestimmungen des Vertrags von Versailles über das Heer werden in vollem Umfang aufrechterhalten und müssen aufs genaueste ausgeführt werden.“

Nachdem aber Lloyd George am zweiten Tag der Verhandlungen bereits von einer möglichen Fristverlängerung von 3 Monaten gesprochen hatte, durfte man hoffen, daß sich die Alliierten nach den Darlegungen unserer militärischen Sachverständigen in den Sonderbesprechungen, wie wenig uns mit einer so kurzen Frist gebietet ist, zu einem größeren Entgegenkommen bereit finden würden.

Die deutsche Delegation war damit vor eine schwere Entscheidung gestellt. Sie hat sofort eingehende Beratungen begonnen und sich auch mit den in Berlin zurückgebliebenen Ministern sowie mit dem Reichsrat in Verbindung gesetzt. Die Bedingungen der Alliierten waren so folgenschwer, daß ihre Prüfung den denkbar möglichsten Ernst, aber auch zugleich die kühlste Rücksicht verlangte. Mit einem Male zeigte sich die volle Einigkeit der Alliierten. Es war der Grundfehler der Politik der vergangenen Regierung, deren Mitglieder ja teilweise auch im heutigen Kabinett sitzen, sich selbst und das Volk über den unerschütterlichen Ernst der Alliierten in den militärischen Fragen im Ungewissen zu halten. Spätestens seit dem Protokoll von San Remo war auch der leiseste Zweifel über die Unerschütterlichkeit der Alliierten in der militärischen Frage nicht mehr möglich.

Am 10. Juli läuft die Frist ab, nach der die neutrale Zone einschließlich des Ruhrgebiets geräumt werden muß, ebenso ist die Frist des 100 000-Mann-Heeres beendet. Da wir nun in jeder Weise von den Alliierten abhängig sind, handeln wir bei den neuen Bedingungen unter einem elementaren Zwang. Dem am Donnerstag in Spa bekanntgegebenen schweren Belastungen Deutschlands stehen nun aber offensichtlich bedeutende Erleichterungen gegenüber, die uns die Alliierten anbieten: nämlich die Genehmigung der Besetzung der neutralen Zone bis zum 10. Oktober und die Gewährung der Sechsmonatsfrist. Wenn auch die militärischen Sachverständigen für die Entwaffnung und die Reduzierung des Heeres, wie das Gutachten ja gezeigt hat, die Innehaltung dieser Frist technisch nicht für möglich hielten, so erforderte die Gefährlichkeit unserer Lage trotzdem eine gründliche Überprüfung dieser Frage. Technische Erwägungen mußten sich auf jeden Fall politischen Notwendigkeiten unterordnen. Es ist daher zu begreifen, daß sich unsere Vertreter in Spa nach reiflicher Überlegung einstimmig bereit fanden, die neuen Verpflichtungen der Alliierten, so schwer sie auch sein mögen, zu erfüllen. Dazu wird es allerdings noch der Zustimmung der deutschen gesetzgeberischen Faktoren, die aber zweifellos erteilt werden wird, bedürfen. Die Freitagssitzung in Spa soll die dazu nötige Formel finden. Wäre es jetzt nicht gelungen, eine Einigung zu erzielen, dann wäre nicht zu schwarz gesehen gewesen, was Außenminister Dr. Simons zu den deutschen Journalisten in Spa sagte: „Werden keine Grundlagen der Verständigung gefunden, so beginnt der Untergang Europas!“

## Die vierte Sitzung in Spa.

W. T. B. Spa, 8. Juli. Die heutige Sitzung der Konferenz wurde nachmittags 3 1/2 Uhr im Schloß de la Freneuse eröffnet. Lloyd George teilte sofort im Namen der Alliierten mit, daß, sofern Deutschland sofort zur Entwaffnung der Einwohnerwehren und der Sicherheitspolizei schreite, ihm für die Herabsetzung der Heeresstärke auf 100 000 Mann eine Frist von sechs Monaten ausbehalten werden sei. Die Herabsetzung des Heeres habe in zwei Raten bis zum 1. Oktober 1920 auf 150 000 Mann, bis zum 1. Januar 1921 auf 100 000 Mann stattzufinden. Minister Dr. Simons betonte, daß eine so bedingte Fristverlängerung eine einseitige Aufhebung der Entente darstellen würde, nicht ein Abkommen unter den verhandelnden Parteien. Lloyd George entgegnete, daß die Alliierten darauf beständen, daß wir das Protokoll für diese Abmachungen annehmen. Demgegenüber erklärte Dr. Simons, daß wir das nicht tun könnten, ohne vorher eingehend über die Angelegenheit beraten zu haben. Die Konferenz wurde darauf um 5 Uhr nachmittags auf Freitagmittag 11 Uhr vertagt. Die Mitglieder der deutschen Delegation sind sofort nach der Rückkehr von der Konferenz zu einer Besprechung zusammengetreten. Daran anschließend fand eine Kabinettsitzung statt, die über eine Stunde währte. Die Regierung hat sich sofort mit den in Berlin weilenden Mitgliedern des Kabinetts, mit dem Reichspräsidenten, mit den Führern der politischen Parteien und mit dem Reichsrat in Verbindung gesetzt.

nz. Spa, 9. Juli. (Havas.) Der amtliche Bericht über die heutige Sitzung der Konferenz lautet: Die Konferenz trat heute nachmittags 3 1/2 Uhr zum zweitenmal zusammen. Die deutschen Delegierten waren anwesend und nahmen die Antwort der Alliierten auf die Erklärungen und Vorschläge der deutschen Regierung über die endgültige, durch den Friedensvertrag vorgeschriebene Entwaffnung Deutschlands entgegen. Lloyd George drückte den Willen der Alliierten aus, endlich die bisher so ungenügende Ausführung des Friedensvertrages bezüglich der Auslieferung und Zerstörung des Kriegsmaterials und der Herabsetzung des Heeresbestandes zu erlangen. Er deutete an, inwieweit die Alliierten den Hindernissen und Schwierigkeiten, denen die neue deutsche Regierung, deren Aufrichtigkeit und volle Weisheit er nicht bezweifle, gegenüberstehe, Rechnung tragen. Er berichtete gleichzeitig, daß die neue Frist nur unter bestimmten Bedingungen ausgesetzt werde, deren Ausführung durch präzise Maßnahmen sichergestellt und gesichert werden müsse. Es wurde alsdann die endgültige Antwort der Alliierten auf die deutschen Vorschläge verlesen, die die deutschen Delegierten bis Freitagvormittag 10 1/2 Uhr zu unterzeichnen haben. Diese Erklärung hat folgenden Wortlaut:

- Unter der Bedingung, daß Deutschland:
- a) sofort zur Entwaffnung der Einwohnerwehren und der Sicherheitspolizei schreite,
  - b) eine Befestigung verweigere, in der die sofortige Ablieferung aller Waffen gefordert wird, die in den Händen der Zivilbevölkerung sind und die im Falle der Zuwiderhandlung wirksame Strafen vorseht; im Falle, daß die Weisung, die die Regierung kraft Gesetzes hat, nach dieser Richtung hin ungenügend sein sollten, müssen unverzüglich geeignete Maßnahmen geschaffen werden, die die Weisung der vollziehenden Gewalt auf diesem Gebiete verstärken,
  - c) sofort alle die Maßnahmen in Angriff nimmt und ergreift, die notwendig sind, um die allgemeine Wehrpflicht abzuschaffen und um das Heer auf der Grundlage der langfristigen Dienstzeit aufzubauen so, wie es im Friedensvertrag vorgesehen ist,
  - d) den Alliierten alle in seinem Besitz befindlichen Waffen und alles Kriegsmaterial, das über die im Vertrag zugelassenen Mengen hinausgeht, zum Zweck der Zerstörung ausliefert und den Alliierten bei der Zerstörung beisteht,
  - e) die Anwendung der Bestimmungen des Friedensvertrages über die Seemacht wie über die Luftfahrt sicherstellt, die noch keine Ausführung gefunden haben, erklären sich die Alliierten damit einverstanden:

1. Die Frist, die für die Verminderung der Streitkräfte der Reichswehr vorsehen ist, bis zum 1. Okt. zu verlängern. Zu diesem Zeitpunkt muß das Heer auf 150 000 Mann beschränkt sein und höchstens zehn Reichswehrbrigaden umfassen. Die Alliierten erklären sich weiter zu einer weiteren, am 1. Januar 1921 abzulaufenden Frist einverstanden. Zu diesem Zeitpunkt muß die Ermächtigung der Streitkräfte auf 100 000 Mann, genau in der Zusammenfassung und der Organisation, wie im Friedensvertrag vorgesehen, vollendet sein.

2. Die deutsche Regierung zu ermächtigen, in der neutralen Zone bis zum 1. Oktober diejenigen Streitkräfte zu unterhalten, deren Zahl der interalliierte militärische Austausch ihr bekannt sein wird, und an der Sammlung der Waffen teilzunehmen.

3. Alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Waffenstillstand aus dem besetzten Gebiet nach anderen Teilen Deutschlands zu verhindern. Wenn zu irgend einem Zeitpunkt vor dem 1. Januar 1921 die interalliierte Überwachungsanschlüsse in Deutschland feststellen, daß die Bedingungen der gegenwärtigen Vereinbarung nicht lokal ausgeführt, a. B. wenn am 1. Sept. die vorgezeichneten Verwaltungs- und gesetzgeberischen Maßnahmen nicht ergriffen oder nicht in weitestgehendem Maße veröffentlicht worden sind, wenn die Zerstörung und Auslieferung des Kriegsmaterials nicht normal ihren Fortgang nimmt, wenn am 1. Oktober das deutsche Heer nicht auf eine Ziffer von 150 000 Mann beschränkt ist und höchstens zehn Reichswehrbrigaden umfaßt, werden die Alliierten zur Besetzung eines neuen Teiles des deutschen Gebietes schreiten, sei es des Ruhrgebietes, sei es jeden anderen Gebietes, und werden dieses Gebiet erst an dem Tage räumen, an dem alle Bedingungen der gegenwärtigen Vereinbarung restlos erfüllt sind.

Der deutsche Minister des Innern Simons stellte fest, daß man in der Note der Alliierten Deutschland Entwaffnungs- und Bedingungen auferlege, ohne die deutsche Delegation zur Diskussion hierüber aufzufordern. Er betonte alsdann die einzelnen Paragraphen der Bedingungen der Alliierten und erklärte zum Schluß, daß die deutsche Regierung ihr Möglichstes tun werde, um die Bedingungen auszuführen, die ihr auferlegt würden und die Folgerungen daraus, wenn dies nicht gelinge. Lloyd George antwortete, daß es für die Fortleitung der Arbeiten der Konferenz nötig sei, die formelle Annahme der deutschen Regierung amtlich festzustellen. Dr. Simons erklärte alsdann, daß er Freitagvormittag die Antwort der deutschen Regierung mitteilen werde und gleichzeitig die Antwort auf die Fragen über See- und Luftfahrt.

Br. Berlin, 9. Juli. (Vig. Drahtbericht.) Über die heutige Sitzung in Spa berichtet der Korrespondent des „B. Z.“ nach folgende Einzelheiten: Der Minister Simons erklärte, daß ein Ergebnis aus der Verhandlung nicht hervorgegangen ist. Die Verantwortung für die Folgen trifft die alliierten Mächte. Lloyd George äußerte sich daraufhin, daß die See- und Luftkräfte schließlich abgerüstet werden müßten. Ferner habe er auch zu. Nun wurde den Deutschen ein Protokoll vorgelesen, das zu unterzeichnen sei. Der deutschen Delegation kam der Ernst der Situation ganz zum Bewußtsein und sie sagte, ihre Unterschrift herzugeben. Es war für die deutsche Delegation natürlich schwer, im Saal am Konferenztisch sich untereinander über das, was zu unterschreiben war, zu verständigen. Der Vorsitzende Delacroix war auch bereit, die Sitzung eine halbe Stunde zu vertagen. Die deutsche Delegation lehnte das ab, die Lage verlange eine gründlichere Überlegung. Im Sitzungssaal entstand eine gewisse Verwirrung durch das deutsche Jögern. Die deutsche Delegation erklärte, sie müsse unter sich ausführlich beraten und mit Berlin sprechen. Simons bearbeitete den deutschen Standpunkt mit scharfen Worten. Die Sitzung wird daraufhin nicht aufgeschoben, sondern aufgehoben.

Der selbe Korrespondent hat dann an einer anderen Stelle die neuen Worte von Spa also charakterisiert: „Es wird mit uns verhandelt, aber ohne uns beizustimmen.“ Er meint dann dazu: „Ich habe den Eindruck, daß die auch mehr rechts stehenden Mitglieder der Delegation wissen, was für heute beschlossen werden muß. Es wäre unverantwortlich, wenn die Delegation jetzt gebrochen würde. Gelinaf es uns, über die Durchführung der Abrüstung hinwegzukommen, so kann das nicht ohne wirtschaftliche Hilfe der Alliierten geschehen. Es macht nicht den Eindruck, als ob die alliierten Staatsmänner trotz den von eindringlichem Staatsmännlichem Gehirne geleiteten Ausführungen des Dr. Simons nicht beirrt wären, in welche Lage sie sich durch ihre überhörschen Forderungen gebracht haben. Weder ist auch diesmal zu konstatieren, daß eine vollkommenen Einheit im Lager der Deutschen nicht hergestellt ist.“

Der Korrespondent der „Köln. Ztg.“ glaubt sicher von einer Erleichterung sprechen zu können. Im „Vorwärts“ wird vor allem beklagt, daß die Frage der Sicherheitspolizei so rigoros behandelt wurde. Mit Recht wird darauf verwiesen, daß darin doch eine starke Unlogik liegt. Die Alliierten scheinen nach dem vorliegenden Bericht die Reichswehr besser behandeln zu wollen als die Sicherheitspolizei. Die Verminderung der Frist der Abrüstung, welche in der Reichswehr hervorgehoben sind, tragen aber eine desto größere Anruhe in die Sicherheitspolizei, und doch wird die Rat veranlagt, die die britische Sicherheitspolizei eher härter als schwächer, wenn man beabsichtigt, durch Entlassung von 100 000 Mann der Reichswehr die Zahl der unruhigen Elemente in den Großstädten zu vermehren. — Die „D. All. Ztg.“ betont, daß neben gewissen Erleichterungen über diesen nicht unwesentlichen Zugeständnissen wesentliche Verschärfungen des Verlaufs des Vertrages stehen. Das in diesem Zusammenhang in der neuen Ermächtigung ausdrücklich das Ruhrgebiet erwähnt wird, ist für die Gesamtlage besonders charakteristisch. Die leitenden Männer Deutschlands sehen sich also heute vor der schweren Verantwortung, die Vorteile und Nachteile der neuen alliierten Bedingungen gegeneinander abzuwägen. Wie immer auch ihre Entscheidung ausfallen wird, so werden sie dabei sicher nicht die Gesamtlage Deutschlands außer acht lassen.

## Zugeständnisse.

nz. Paris, 8. Juli. (Havas.) Nach einer Depesche des „Echo de Paris“ aus Spa wurden Deutschland bezüglich der militärischen Klauseln des Verlaufs des Vertrages folgende Zugeständnisse gemacht, die die Mittelungen über die getroffene Entscheidung vervollständigen:

1. Nicht eingeschlossen in den 4000 deutschen Offizieren, die durch den Vertrag genehmigt sind, sind die Ärzte und Veterinäre, deren Zahl auf 3000 bzw. 200 beschränkt wurde.
2. Nicht eingeschlossen sind ferner in den genannten 4000 Offizieren 735 Verwaltungsoffiziere.
3. Deutschland kann eine Reserve von 5000 Gewehren und 2 Millionen Patronen halten, um die Verluste auszugleichen, die seinem Kriegsvorrat durch eventuelle innere Kämpfe entstehen könnten.
4. Eine geringfügige Erhöhung der Zahl der Maschinengewehre, so daß alle Formationen in der Lage sind, sich zu verteidigen.

Deutschland hatte außerdem ein fünftes und letztes Zugeständnis verlangt zur Vermehrung der Waffen und der Munition dazwischen, daß alle Formationen, Erklärungen und Schulen mit Waffen versehen seien und Anträge zurückweisen könnten, und ferner die Wiederherstellung einer kurzen Militärdienstzeit mit der Garantie, daß man diese Verabreichung nicht missbrauchen werde, um eine größere Anzahl Deutscher militärisch auszubilden. Diese beiden letzteren Zugeständnisse seien nicht gewährt worden. Andererseits erhalte Deutschland das Recht, vorübergehend in der neutralen Zone 10 Bataillone, 5 Schwadronen und 1 Batterie zu halten.

Annahme der Bedingungen.

Mz. Spa, 9. Juli. (Drahtbericht.) Wie der Vertreter des Westfälischen Telegraphen-Bureaus erzählt, ist die deutsche Regierung einstimmig zu dem Beschluss gekommen, die von der Entente in der gestrigen Konferenz gestellten Bedingungen in der Frage der Entwaffnung und der Herabsetzung der Heeresstärke anzunehmen. Die vorgesehene Strafbestimmung wird nicht erfüllt. Die Bedingungen seien jedoch eine Abänderung des Versailler Friedensvertrages, zu deren Unterzeichnung die deutsche Regierung der vorherigen Zustimmung der gesetzlichen Faktoren bedürfe. Man hofft, in der heutigen Sitzung der Konferenz eine Formel zu finden, die diesem Bedenken der deutschen Regierung Rechnung trägt.

Mz. Spa, 9. Juli. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas glaubt mitteilen zu können, daß die deutsche Delegation wahrscheinlich das Abereinkommen unterzeichnen werde. Fehrenbach und Simons hätten bei ihrer Unterredung mit dem Generalsekretär der Konferenz dargelegt, daß die Drobuna, neue Gebiete zu besitzen, eine Änderung der Bestimmungen des Friedensvertrages bedeute und befürchten lasse, daß auf Grund dieses Präzedenzfalls man ihnen in Zukunft neue Bestimmungen zur Ausführung des Vertrages auferlegen würde. Dem entsprechend sei offiziell vereinbart worden, einige lediglich formelle Abänderungen an der Abereinkunft vorzunehmen, deren Inhalt selbst jedoch aufrechterhalten bleibe. Die Abereinkunft werde eine dem Versailler Vertrag angegliederte Konvention werden. Unter diesen Umständen würde die deutsche Delegation das Abereinkommen heute unterzeichnen. Es sei sehr wenig wahrscheinlich, daß die Antwort der bekräftigten Berliner Stellen diese Dispositionen ändern könne. Wenn das zuträfe, sei der Wert der von Mitterand befürworteten Methode bewiesen. Die Alliierten würden das Richtige getroffen haben. Nach der Entwaffnung werde die Konferenz an die Frage der Kohlenlieferung, dann an die der Bekrafuna und der Wiederaufnahme der Verhandlungen. Die Verteilung zwischen den Alliierten sei bis in die Einzelheiten fast erreicht. Belgien werde acht Prozent der ersten internationalen Anleihe geben könne. Mitterand werde Spa spätestens am Montagabend verlassen.

Die Zerstörung des Kriegsmaterials.

Mz. Spa, 8. Juli. Der Oberste interalliierte Rat versammelte sich heute vormittag, 11 Uhr, in der Villa Freuse zur Entgegennahme des Berichtes der militärischen Sachverständigen über die Entwaffnungsvorschläge, wie sie gestern von der deutschen Delegation gemacht wurden. Um 12 Uhr mittags trafen die deutschen Delegierten in der Villa ein, zu welchem Zeitpunkt sie gestern eingeladen worden waren. Der Vorsitzende der Konferenz, Delacroix, ließ sie aber wissen, daß die Sitzung der Konferenz auf nachmittags 3 Uhr vertagt worden sei, um es den Alliierten zu ermöglichen, ihre Beratungen fortzusetzen. Die Delegierten zogen sich darauf zurück. Nach der Abfahrt der deutschen Delegierten wurden die Beratungen unter den Alliierten fortgesetzt, um zu einer Verständigung über die Fristen und die Bedingungen zu kommen, die Deutschland für die Vernichtung des Kriegsmaterials und die Herabsetzung der Truppenbestände gestellt werden sollen. Die Sachverständigen der Alliierten, unter denen General Nollet Frankreich vertrat und als deutscher Vertreter General v. Seeck anwesend war, berieten lange zum Vergleich der von dem deutschen Generalstab und den beiden alliierten Delegierten unterbreiteten Zahlen über das vernichtete oder noch auszuliefernde Material. Es erfolgte eine Einigung in dem Sinne, daß die Zerstörung von 14 000 Geschützen, 5000 Maschinengewehren und 750 000 Handwaffen als Erfolg anerkannt wird. Dagegen weigerten sich die Alliierten, den deutschen Ziffern bezüglich des noch zu vernichtenden Materials zuzustimmen, da man noch fortwährend weitere Vorräte aufdecke und man also wisse, daß wenigstens die Hälfte des deutschen Materials noch nicht zerstört sei.

Die Wiedergutmachungsfrage.

Mz. Paris, 8. Juli. Wie Vertinax im „Echo de Paris“ mitteilt, werde die Hauptfrage, die der Wiedergutmachung, erst am Freitag oder Samstag in Spa zur Behandlung gelangen.

Hausfrauenleiden in Wien.

Im republikanischen Wien, wo sich die unteren Klassen des Volkes zu immer mächtigeren, neben der Regierung bestehenden Verbänden zusammengeschlossen haben, mußte auch der Mittelstand den Weg zu einer kräftigen Organisation finden. So sind die Hausfrauen Wiens, die das lüchtliche und tanzferne Element der einstigen Kaiserstadt bilden, mit gutem Beispiel vorangegangen und haben sich mit Ausschließung von allem Parteil- und Klüngelgeist zu einem Trug- und Schlußbündnis zusammengeschlossen. Über die 21 Bestände der Millionenstadt spannt sich ein dichtes Netz von Vereinigungen aus, deren bekannteste die „Robo“, die Reichsorganisation der Hausfrauen Österreichs, ist. Sie alle suchen ihren Mitgliedern auf jede erdenkliche Weise in ihren Leiden und Sorgen beizuhelfen und ihnen zu helfen und zu nützen. Es werden zu gemeinsamen Beratungen Frauen- und Mädchenabende veranstaltet, unentgeltliche Kurse über Gartenbau und Kleinviehhaltung ins Leben gerufen, Nähstuben eröffnet, und alle diese Bestrebungen zielen darauf hin, den weiblichen Mittelstand zu erheben und ihn zu praktischer Arbeit und möglichst großer Unabhängigkeit zu erziehen. Man muß Wien kennen, um zu wissen, weshalb weiten Weg die Frauen des einst so wohlhabenden Bürgerstandes zurückgelegt haben. Wie mittelalt, fast geringschätzbar hätten sie noch vor wenigen Jahren über diese Hausfrauenorganisation und -Sitzungen gelächelt. Zum mindesten hätte ein lüchtlicher Föhnhauch mit lüchtem Schloßherrscher und ein Berg von weißem Gebäck für die nötige Stimmung sorgen müssen, und dann hätte man in wenig geplaudert, geschäkelt, die amnestischen Köpfe geschüttelt, vielleicht mit den schlanken Händen geklatscht und wäre dann wieder davon geeilt. Heute aber ist es der Wienerin bitter ernst; denn sie muß das Leben, dessen Lasten immer auf anderen Schultern gerubt hatten, selber anpacken lernen und sich damit abfinden, ohne ein Regiment wohlgeschulter Diensthilfen das Haus führen zu müssen. Schritt für Schritt mußte sie auf dem altertümlichen Boden zurückweichen und immer größere Opfer an Bequemlichkeit und Lebenskultur bringen. Die Ansprüche der besessenen Götter sind mit der Entwicklung der Krone ins Riesenhafte gewachsen, und das neue Hausgeschick verleiht ihnen der Herrschaft gegenüber weit größere Rechte als Pflichten. Man hat die

Die „Ariegsschuldigen“.

Mz. Paris, 9. Juli. (Drahtbericht.) Wie der Berichterstatter des „Intransigeant“ mitteilt, soll die Frage der Ariegsschuldigen jedenfalls nicht in Spa erörtert werden. Der belgische Außenminister D'Amans sei beauftragt worden, im Namen der Alliierten einen Bericht zu erstatten, der den Deutschen einfach übermittelt wird. Am Sonntag will man sich mit Solen beschäftigen.

Eine neue Konferenz in Ostende.

Br. Berlin, 9. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Wie aus Spa gemeldet wird, soll die Konferenz Montagabend geschlossen werden, da Mitterand in der Nacht zum Dienstag bestimmt nach Paris zurückkehren will. Infolgedessen würden die Wiederberufungsanfragen nur in der allgemeinen Linie besprochen werden können. Auch die Gesamtsumme würde jetzt nicht besprochen werden. Es müßte eine neue Konferenz stattfinden, wahrscheinlich in Ostende.

Klob George und Simons.

Mz. Paris, 8. Juli. Laut „Matin“ soll im Laufe der Verhandlungen in Spa gestern Klob George erklärt haben, obgleich Frankreich im Jahre 1871 niedrigeren anweisen sei, habe es doch rasch die schwereren Zustände der Kommune niederschlagen können, worauf Minister Simons acantwortet habe, Deutschland habe auch Frankreich die Mittel gelassen, eine Armee zu unterhalten, um die Revolten niederzuschlagen. Hierauf habe Klob George acantwortet: Aber eine ferliche Regierung muß doch Herrin in ihrem eigenen Lande sein, was den Reichsminister Simons veranlaßt habe, zu sagen: Sie, Herr Präsident, sind der Chef eines sehr großen, sehr blühenden und heereichen Imperiums; jedoch habe ich sagen hören, daß es Ihnen auch Ihnen nicht leicht gefallen sei, die Rebellen zu veranlassen, die Waffen zurückzugeben, deren Sie sich bedienten, um die regulären Truppen anzureisen. Ich weiß nicht einmal, ob es Ihnen bis heute gelungen ist. Ich erwarte deshalb von Ihnen, daß Sie ein wenig Rücksicht mit einer notwendigen schwachen Regierung haben werden, die ein schlafendes Land regieren muß, in dem Unordnung herrscht.

Der französische Oberkommissar im besetzten Rheinland eingetroffen.

Mz. Paris, 8. Juli. Der Oberkommissar Frankreichs im besetzten Rheinland ist gestern in Spa eingetroffen.

Aus dem Hauptauschuß des Reichstags.

W. T. B. Berlin, 8. Juli. Der Hauptauschuß des Reichstags beriet heute den Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Die neu angeforderten Beamtenstellen wurden gegen den Antrag der Deutsch-Nationalen bewilligt. Von verschiedenen Seite wurde schnelster Abbau der Kriegsgesellschaften verlangt, der seitens der Regierung als im Gange befindlich bezeichnet wurde. Beim Haushalt des Reichsfinanzministeriums wurde ein Antrag Bauer (S.) angenommen, wonach für den Eisenbahnerlohnstarif die nötigen Mittel in den Etat eingestellt werden sollen, ebenso ein Antrag Bursage (S.), die Tarifverhandlungen mit den Staatsarbeitern baldigst zum Abschluß zu bringen.

Juristischer Vorbereitungsdiens für Frauen.

Bh. Berlin, 9. Juli. Der Rechtsauschuß der preußischen Landesversammlung beriet den demokratischen Antrag über die Zulassung der Frauen zum juristischen Vorbereitungsdiens und zur zweiten juristischen Prüfung. Die Sozialdemokraten beantragen, daß alle Schranken, die der Zulassung von Frauen als Richter, Rechtsanwälte und Staatsanwälte entgegenstehen, fallen sollen. Für die Antragsteller betonte Abg. Frau Dr. Heine, daß es ihnen vor allem darauf anläge, sofort ein praktisches Ergebnis zu erreichen. Die Frauen, die die erste juristische Prüfung bestanden, müßten zugleich zum juristischen Vorbereitungsdiens zugelassen werden, alles andere könne sich später regeln. Im Ausschuß ergab sich Übereinstimmung darüber, daß nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen Frauen mit selbständigen richterlichen Stellungen oder einer selbständigen Tätigkeit als Gerichtsschreiber nicht betraut werden könnten, und es ergab sich die Frage, ob trotzdem durch einfache Anweisung des Hauptes an den Justizminister der Ausbildungsweg für Frauen eröffnet werden könne. Schließlich nahm der Ausschuß gegen die Stimmen der Rechten eine Entschließung an, die den Justizminister auffordert, Frauen unter den gleichen Voraussetzungen wie Männer zu den juristischen Prüfungen zuzulassen, ohne daß sie dadurch die amtliche Stellung von Referendaren und Assessoren erhalten.

stlichen Sosen, die so gut zu fröhren und zu nügen verstanden, längst abgeschafft, und die berühmte Wiener Köchin ist ein unerwünschter Luxus geworden und hat mit der darbenenden, hungernden Millionenstadt nichts mehr gemein. Fremde Baluten sind eine Anziehungskraft, der man nicht widersteht, und während die Wiener Hausfrauen vergebens in Spaltenlangen Heilen nach Hilfskräften suchen, medelt sich auf eine einzige kleine Schweizer Annonce sofort ein ganzes Regiment von Köchinnen, die an fremden Herden die knusprigen Wackeln und lockeren Weibchen bereiten werden. Viele Hausfrauen haben unter dem Druck der Zeit ihre Diensthilfen ganz entlassen und hantieren selber mit Gehen, Schauer und Koffküssen. Aber in kinderreichen Familien oder in größeren Wohnungen, wie in den Villen der amnestischen Cottagesviertel, lang die Last von der Frau allein nicht bewältigt werden, und sie muß zum Mädchen für alles greifen und in einem stetigen Wecheln, Kommen und Gehen, Festhalten und Verlassenwerden die Anstauungen und Rechte einer modernen republikanischen Hausgehilfin — so darf man sie nur nennen — kennen lernen. Bald nach sie die Verweisung, und sie sucht sich in irgend einem Frauenabend unter vielen anderen Leidensgefährtinnen Trost und Rat. Doch auch dort kann keiner ihr wirklich helfen, und es bleibt ihr nichts anderes übrig, als das Mädchen, das sie hintergeht, wie ein rotes Ei zu behandeln und ihr die besten Stücke des fargen Eßens anzuliechen, oder die schwere Last auf sich zu nehmen und ohne jede fremde Hilfe die Hausarbeit zu verrichten.

Während man zur Rot noch in Wien ein Mädchen auf-treiben kann, sind die Mädchenrinnen, die einst jeden Monat in jedem Haushalt die Wäsche besorgen, und die „Bedien-rinnen“, die Kundenwelle für die groben Arbeiten, das Schuere und Fensterräumen kamen, so selten und gesucht wie die kostbaren Lebensmittel. Wahre Wunderpreise werden für solche Hilfestellungen, die die Frauen der besseren Stände einfach nicht bewältigen können, geboten, und trotzdem melden sich immer nur ganz wenige zu diesen Arbeiten.

So quälen sich die Hausfrauen Wiens zwischen Sorgen und Nöten und unüberwindlichen Hindernissen fort, die weniger starke Elemente längst zur Strecke gebracht hätten, und hoffen von Monat zu Monat auf bessere Tage, die ihnen vielleicht doch einmal wieder beschicken sein werden.

D. Schöde.

Das Ende der Militärgerichtsbarkeit.

Bh. Berlin, 8. Juli. Der Ausschuß des Reichstages hat Beratung der Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit zur in mehreren Sitzungen dem Initiativantrag der Sozialdemokraten in seinen wesentlichsten Punkten zugestimmt.

Die Diebstähle bei der Eisenbahn.

Bh. Berlin, 9. Juli. Im Hauptauschuß des Reichstages wurde mitgeteilt, daß bei der Eisenbahn im Rai allein rund 21000 Diebstähle vorgekommen sind und daß 462 Angestellte aus dem Eisenbahndienst entlassen werden mußten.

Die Revision im Erzberger-Helfferich-Prozess.

Br. Berlin, 9. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Revisionsverhandlung vor dem Reichsgericht im Erzberger-Helfferich-Prozess wird wahrscheinlich am 19. Juli stattfinden. Ob eine Verhandlung nach den Gerichtsferien zustande kommen wird, ist auch noch sehr zweifelhaft, da Helfferich inzwischen Abgeordneter geworden ist. Es muß also vor einer Fortsetzung des Verfahrens zunächst beim Reichstag beantragt werden, daß die Immunität des Abgeordneten Helfferich aufgehoben wird.

Die dritte Internationale.

W. T. B. Berlin, 8. Juli. Wie der „Vorwärts“ meldet, richtete die U. S. P. D. an den zurzeit in Moskau tagenden Kongress des Völkerverbundes für die dritte Internationale das Ersuchen um Aufnahme. Der Kongress stellte sechs Punkte als Bedingungen für den Eintritt der U. S. P. D. in die dritte Internationale auf, deren letzter die Vereinigung der Unabhängigen mit den deutschen Kommunisten fordert. In einer Konferenz der Führer der Unabhängigen wurde beschlossen, diesen Punkt abzulehnen, selbst auf die Gefahr hin, daß die U. S. P. D. von der dritten Internationale ausgeschlossen werde.

Deutsche Magistratsmitglieder in Soldau verhaftet.

Mz. Königsberg, 9. Juli. Wie die „Reidenburger Sta.“ von zuverlässiger Seite erzählt, wurden in Soldau die deutschen Magistratsmitglieder Köhler, Kattowski und Stachel von den polnischen Behörden verhaftet. Über den Grund der Verhaftung war nichts Bestimmtes zu erfahren. Man nimmt an, daß sie mit der Ausreise der Abstimmungsberechtigten, die die polnischen Behörden verhindern wollen, zusammenhängt.

Der Streit in Golpa-Uhernowit.

Mz. Berlin, 8. Juli. Zum Streit in Golpa-Uhernowit wird von ausländischer Seite mitgeteilt: Vor wenigen Tagen erfuhr die für Golpa-Uhernowit tätigen mitteldeutschen Bergarbeiterbesitzer in den Verhandlungen der Tarifparteien im Reichsarbeitsministerium eine Aufbesserung. Trotzdem trat die Besatzung der Braunkohlengrube Golpa in den Streik. Sie forderte über die Höhe der Gewerkschaften hinweg 2 M. Lohnbörnung für die Stunde, Übernahme des Stenerabbaues und Senkung der Lebensmittelpreise um 50 Prozent. Die Bewilligung dieser Forderungen wäre für jedes der dem Tarif angeschlossenen Werke ein Tarifbruch gewesen. Außerdem sind die Forderungen derart, daß eine annähernd vollständige Erhöhung der Kohlenpreise und damit der Strompreise für Berlin die Folge sein müßte. Der Charakter der Bewegung kennzeichnet sich dadurch, daß es die Besatzung ablehnt, Kohlenarbeiten zu verrichten und damit die Grube der Gefahr des Erlausens aussetzt. Die Stromlieferung nach Berlin aus Golpa ist allerdings wegen Einstellung der Kohlenzufuhr aus der Grube nicht mehr möglich, doch erhält Berlin über Golpa noch 12000 Kilowatt aus dem Kraftwerk Bitterfeld.

Die neue österreichische Regierung.

Bh. Wien, 8. Juli. Die neue österreichische Regierung ist am Mittwoch in der Nationalversammlung gewählt worden. Nach der Vereinbarung mit den Parteien gingen aus dieser Wahl 4 Sozialisten, 4 Christlich-Soziale und 1 Großdeutscher sowie 3 Beamte hervor. Staatssekretär Dr. Mauer wurde mit dem Vorschlag im Kabinettsrat betraut. Er erklärte in einer Ansprache, die Regierung sei ein unpolitisches Übergangskabinet. Dann ließ jede der drei Parteien durch ihren Sprecher eine Erklärung des Inhalts abgeben, daß die Partei ihr Vertrauen in den von ihr gewählten Staatssekretär setzt, sich jedoch dem Gesamtkabinet gegenüber freie Hand vorbehält.

Was alles zu Geld wird.

Kollekten wiegen sich auch in ihrer Münze wider: dem Notgeld. Während wir vor dem Krieg eine leuchtende Währung und altvertraute Arten des Geldes hatten, ist mit dem Krieg allmählich ein schier unübersehbarer Wirrwarr von Geldorten entstanden. Jede Stadt verfertigte ihr Notgeld, und bei dem Fehlen von Kleingeld muß man sogar mit Briefmarken oder Zuckergarten als Geldersatz vorlieb nehmen. Das ist nicht nur bei uns so, sondern auch in den meisten anderen Ländern; selbst die neutralen Staaten haben Notgeld ausgegeben. Bereits in einer Denkschrift vom November 1914 wurde festgestellt, daß damals in Deutschland von 86 verschiedenen ausgegebenen Papiergeld im Wert von über 6 Millionen Mark in Kurs gesetzt worden war. Nicht nur Provinzen und Gemeinden, sondern auch Sparkassen, Fabriken und Vereine haben ihr eigenes Geld aus, und bis zur Stunde hält dieses verschiedenartige Papiergeld an, zu dem nun noch Münzen aus Eisen, Zink, Aluminium und allerlei Mischungen getreten sind. Dieses Notgeld bestand bisweilen nur aus gestempelten Kartenblättern und war überhaupt in der rohesten Form hergestellt. Dieses unvollkommene Aussehen, in dem sich der Begriff der Not so recht wiegelt, ist ein sehr hübsches Merkmal des Notgeldes, wie der bekannte Münzformler Ferdinand Friedensburg in einem Aufsatz der „Deutschen Revue“ über dies Thema betont. Da die Edelmetalle sich verflüchtigen oder — wie man jetzt sagt — „gedamptert werden“, muß Ersatz geschaffen werden, und den findet man nicht immer nur in Papier, Stoffe der verschiedensten Art wurden im Lauf der Zeiten für die Geldprägung verwendet. So benutzte man unansehnliches Metall-Gloden, und Kanonengut, auch Leber, oder man sammelte Wertgegenstände und Kleinodien ein, deren Metall zu reinigen man nicht die Zeit hatte. Da die Münzhäuser den Bedarf nicht in ordnungsmäßiger Prägung herstellen können und mit ungelübten Arbeitern sich behelfen müssen, wird auf Ebenmaß und Schönheit nicht mehr geachtet. Die Bilder werden roh, die Aufschriften ungenau. Statt der harmonischen Rundheit kommen eckige Gestalten, sog. „Klappen“, in Umlauf, oder es werden gar roh zurecht gehackte, nur mit einem Stempel versehene Metallbrocken als Geld benutzt. Es bieten a. B. die Notmünzen, die der kaiserliche Kommandant von Sibirien, Fedan

Kirchliche Anzeigen

Sonntag, den 11. Juli. Evangelische Kirche. Die Sammlung ist für den Evangel. Verband zur Pflege der weibl. Jugend Deutschlands bestimmt. Marienkirche. 10 Uhr: Vfr. Schüller. (Abendmahl.) Nachm. 5 Uhr: Pfarrer Dr. Weinede. Bergkirche. 10 Uhr: Vfr. Diehl. 11.30 Rindergottesdienst: Vfr. Grein. Taufkapelle u. Trauungen: Vfr. Diehl. Seerda: Pfarrer Grein. Ringkirche. 10 Uhr: Vfr. Hilfspf. 5 Uhr: Vfr. Diehl. Sutherlialke. 10 Uhr Konfirmandenrat. (Abendmahl.) Gottesdienst für Schwerhörige. nachm. 3.15 Uhr, in der Sakristei d. Ringkirche. Vfr. D. Schlotter. Paulinenkiff. Vormittags 10 Uhr. Vfr. Eichhoff. Ev. Vereinshaus. Pfarrer Str. 2. Sonntag, 11.30 Uhr: Rindergottesdienst. Vfr. Schüller. Abends 8.30: Bibelstunde. Vfr. Held. — Mittwoch, 4.30 Uhr: Bibelstunde. Vfr. Held. Katholische Kirche. Bonifatiuskirche. Heilige Messen 5.45, 6.30 u. 7.15 Uhr. Rindergottesdienst 8.15 Uhr. Hochamt 10.15 Uhr. Letzte heil. Messe 11.45 Uhr. Abds. 8 Uhr Andacht. Wochentags hl. Messen 6, 7 u. 9.15 Uhr. Samstag 6.15 Uhr. Beichtgelegenheit: Sonntag, morgens von 5.45 Uhr an. Samstag, nachmittags 3.30 bis 7 und nach 8 Uhr: an allen Wochentagen nach der Frühmesse. Maria-Hilf-Kirche. Heilige Messen 6 u. 7.30 Uhr. Rindergottesdienst 8.45 Uhr. Hochamt 10 Uhr. Nachm. 2.15 Uhr: Andacht von den drei göttlichen Tugenden. Wochentags hl. Messen 6.15 u. 8 Uhr. Beichtgelegenheit: Sonntag,

morg. von 5.45 Uhr an. Samstag, von 4-7 und nach 8 Uhr. Samstag, 6 Uhr: Salve. Dreifaltigkeitskirche. 6.30 Uhr Frühmesse. 8 Uhr zweite hl. Messe. 9 Uhr Kinder-Gottesdienst. — 10 Uhr: Hochamt. — Abends 8 Uhr: Rosenkranzandacht. Wochentags heil. Messe 7 Uhr. Samstag, nachm. 6 Uhr Salve. Beichtgelegenheit Sonntag, früh v. 6 Uhr an, Samstag von 4-7 u. von 8 Uhr an. Mittelhollische Gemeinde. Friedenskirche. Schwalbacher Str. 10.15 Uhr: Amt mit Predigt. Vfr. Masura, Frankf. a. M. Christliche Gemeinschaft. Aula der höh. Lehrer-Schule am Schloßplatz. Eing. Mühlstraße. Jeden Freitag, abds. 8.30 Uhr: Bibelstunde. Evang.-luth. Gottesdienst. Adelsheidstr. 35. Vorm. 9.30: Segelgottesdienst. Evang.-luth. Gemeinde. der selbständ. ev.-luth. Kirche in Breußen zugehörig. Dohb. Str. 4. 1. Nachm. 5 Uhr: Predigtgottesdienst. Pfarrer Jakobstötter. Ev.-luth. Dreieinigkeits-Gemeinde. in der Kravia der altkathol. Kirche. Eingaang Schwalb. Str. 9.30 Uhr: Segelgottesdienst. Methodikengemeinde. Ede Dohb. u. Dreimeidenstr. Vorm. 9.45 Uhr: Predigt 11 Uhr: Rindergottesdienst. — Dienstag, abends 8.15 Uhr: Bibelstunde. Pred. Gebhardt. Baptikengemeinde. Adlerstr. 19. Vorm. 9.30 Uhr: Predigt. 11 Uhr: Rindergottesdienst. 4 Uhr: Predigt. (Herr Rosenow). — Mittwoch, abends 8 Uhr: Bibel- u. Gebetsstunde: Prediger Urban. Vortragsaal. Adolffstr. 3. Sonntag, 8.15 Uhr Vortrags. Freitag, 8.30 Uhr: Gebetsstunde. Samstag, 10.30 Uhr: Missionsstunde. Neuauskolische Gemeinde. Dranienstr. 54. Nachm. 3.30 Uhr: Hausgottesdienst.

Preiswertes Angebot

solange Vorrat reicht: Herrenstiefel . . . Mk. 179.50 Herrenstiefel, braun Boxcalf „ 249.50 Damenstiefel, Hochschaft „ 149.50 Damenstiefel „ 105.50 Damen-Halbschuhe, Lack „ 139.50 Damen-Spangenschuhe „ 82.25 Damen-Leinenschuhe von „ 41.50 an Hausschuhe . . . von „ 2.25 an Sandalen . . . von „ 1.75 an Strümpfe und Socken.

Schuhhaus Romeo

Michelsberg 28.

3 Klubgarnituren echt Rindleder à 8500.— 6 Schlafzimmer Eiche furniert à 7000.— in tadelloser Ausführung sofort abzugeben. Heinrich Besendorfer & Cie., Stuttgart, Rabinger Str. 92.

Alte Geigen

auch defekte, Cellos, Mandolinen, Gitarren, Photo-Apparate

kauft zu hohen Preisen Zimmermann, Webergasse 25.

Edler Fox-Terrier, 6 W. alt, zu vt. Ahrens, Hochstättenstraße 1.

Erstklass. Piano preisw. zu verf. Rühle, Goethestraße 3, 1. Stod.

Hochgelegenes Mahagoni-Schlafzimmer mit prima Korbhaarmatr. u. fast neuen Federnbetten zu verf. Rühle, Goethestraße 3, 1. St.

Großes Bett mit Doppelmatratze und 1 Paar Kollische zu vt. Reper, Reichstr. 28, 4.

2 schöne Ottomane preisw. zu vt. G. Roth, Tapeziermeister, Wallramstraße 9, Part.

Geht schöne mod. Küche (neu) vt. Hill, Wiegand, Dohheimer Str. 20, M. 3.

Sehr schöner Diplomat. Schreibstisch (Eichen), schönes Chaiselongue vt. h. Bernhardt, Dohheimer Str. 20, M. 3.

Wanderer- Motorrad, 4 PS., 2 Sol. Doppelüberdeckung, mod. Modell, zu verkaufen. A. Koenig, Rheinstraße 52, Part.

Ein geb. Herrenfahrrad fast neu, billig zu verf. Seiter, Blücherstr. 31, D.

Eichen, Kuckbaum, Edelholz, abgel. Hölzer zu verf. Wenershäuser u. Rühlmann, Möbelabrik, Pultenstraße 17.

Türenplatten (2x1 m), goldfarb. bill. zu vt. Beschäftigung Expeditions-Gesellschaft, Adolffstraße 1.

PIANO gesucht. Tel. Schmitz, Rheinstr. 52.

Militär-Kleider Mäntel, Hülen, Entl.-Anzüge, Hosen, Stoffe (a. gefärbt), Festbahnen, Stiefel, aller Art kauft G. Krichbaum, Morikstraße 20, Laden.

Wein, Apfel-, Orzhoft mit Preisangabe zu kauft, gelucht. Peter, Hermannstraße 17.

Veres Zimmer zum Einsteil. v. Möbeln gesucht. Offerten unter Z. 234 Tagbl.-Verlag.

Landaufenthalt.

Für Jungen von 12-3 wird auf 4 Wochen Landaufenthalt gesucht. D. m. Preis 6. 226 Tagbl.-V.

Schuhmacher

für in u. a. d. Hause gel. Mattner, Mauernalle 12.

Verloren

am Dienstag abend von Pfenusstr. 1. Staats-Theater eine sehr wertv. Brosche (versch. Steine). Gegen Belohnung abzug. Pfenusstr. 35.

Goldenes Armband v. Ede Pultenstr. u. Kirchgasse bis Ede Pultenstr. u. Dämerg. verl. Hobe Bel. Adelsheidstr. 76, 1.

Notz Briefstabe

mit Inhalt verloren. Bitte abzug. h. Schröder, Adolffstraße 12.

Verloren

eine Armband-Uhr am 8. dieses, nachmittags. Käherer 76 Kirchgasse. Berein fransösi. Kaufleute.

Gefunden

1 Uhr dafelbst. (Abzug holen, wie oben). Janner, Wolfstr.

gelobbarig. auf Hektor Hörend, entlaufen. Gegen gute Belohn. abzugeben. Seiter, Rheinstraße 77.

Standesamt Wiesbaden

Sterbefälle.

Am 3. Juli: Kind Elisabeth Wippenheimer, 6 Monate; Witwe Ottilie Neumann geb. Rühl, 81 J.; Witwe Christine Gros geb. Dillinger, 79 J.; Kind Anna Müller, 1 Tag. — 6. Naberin Margarete Jod, 80 J.

Infolge eines bedauerlichen Unglücks-falles verloren wir meinen braven, hoffnungsvollen Sohn, unsere lieben Bruder, Enkel, Neffen und Vetter Arthur Hahn im fast vollendeten 18. Lebensjahre. Die trauernden Hinterbliebenen: Elisabeth Hahn, Wwe. Richard Hahn, Walter Hahn, Alfred Hahn. Wiesbaden, den 9. Juli 1920. Gobenstraße 24. Die Beerdigung findet Samstag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Südfriedhofes aus statt.

Nachruf. Durch einen tief bedauerlichen Unglücks-fall wurde Herr Arthur Hahn im blühenden Alter seinem Wirkungskreis in unserem Hause plötzlich entzissen. Sein Andenken wird bei uns als das eines jungen Mannes voll gewissenhaften, treuesten Pflichtbewußtseins stets ehren-voll fortleben. 838 Wiesbaden, den 9. Juli 1920. Hamburger & Weyl.

Schloss-Hotel Heidelberg

das ganze Jahr geöffnet. F80

Neue Autodecken und Schläuche sowie vulkanisierte Autodecken, ferner Zahngummi, französ. und engl. Fabrikat, stets greifbar am Lager des COMPTOIR GENERAL Filiale Wiesbaden Dotzheimer Str. 105. Tel. 5010.

Elektr. Kochtöpfe, Platten, Herde, Bügeleisen, Haartrockner. 781 Flack, jetzt: Lulsenstr. 25, gegenüb. d. Realgym.

Erstkl. Benz-Auto-Fahrten Garage. Reparaturen Adelheidstr. 61 P. Reichel, Wiesbaden.

„Das Zahnpulver Nr. 23“ gel. gesch. die neue verbesserte Zahnpflege auf wissen-schaftl. Grundlage nach Zahnarzt Paul Bahr in 2 Packungen: „Rosa“: erhält die Zähne gesund und blendend weiß; „Weiß“: zahnsteinlösend, reinigend. Man verlange mit Namenszug ausdrücklich Nr. 23 Zahnarzt P. Bahr. In Wiesbaden in den Drogerien von D. Höggen, E. Kimmel, A. Petermann, W. Wachenheimer.

Dankfagung. Herzl. Dank für die innige Teilnahme bei dem Hinscheiden meines l. Mannes, für die zahlreichen Kranzspenden, die trostvollen Worte des Herrn Kaplan Venferding, den schönen Gesang des Ballhaus'schen Quartetts. Vor allem unseren Dank seinen Mitarbeitern des städtischen Kanalbauamtes. Frau Pauline Führer Wwe. nebst Angehörigen. Wiesbaden, den 9. Juli 1920. Germaniastraße 8, P.

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgange unserer teuren Entschlafenen sagen wir allen denen, die sie zur letzten Ruhe begleitet, sowie für die zahlreichen Blumen- und Kranzspenden unseren herzlichsten Dank. Ganz besonders danken wir Herrn Pfarrer Korthauer für die trostreichen Worte am Grabe. Heinrich Weber, Postbote, und Kind. Familie Georg Krohmann, Gärtner.

Nachruf. Unser allverehrter Chef, der Hofkürschner Bruno Opitz ist uns gestern in erst vollendetem 64. Lebensjahre entzissen worden. In tiefer Trauer stehen wir an der Bahre des in allen Kreisen hoch geachteten Mannes. Er war in den langen Jahren gemeinsamer Arbeit stets ein Vorbild unermüdlicher Schaffensfreudigkeit und Tatkraft. In gleichem Maße, wie in dem Ausbau seines Unter-nehmens, lagen ihm auch die sozialen Interessen seiner Mit-arbeiter am Herzen. Aber nicht nur in geschäftlichen, sondern auch in allen anderen Angelegenheiten war er seinen Angestellten u. Arbeitern ein gütiger Berater und suchte nach Möglichkeit allem gerecht zu werden. Ein dankbares Gedenken ist ihm alle Zeit gesichert. Das gesamte Personal der Firma A. Opitz. 837

Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater Herr Richard Ripping Mitglied des städt. Kurorchesters nach kurzem, schwerem Leiden im 61. Lebensjahre sanft entschlafen ist. In tiefer Trauer: Marie Ripping, geb. Arieger, Otto Höfer, Mitglied des städt. Kurorchesters, Berta Höfer, geb. Ripping, Anni Ripping, geb. Adenchen und 2 Enkel. Franz Ripping, Dipl.-Ing., Wiesbaden, Rauehnen (Ostpreußen), den 8. Juli 1920. Trauerfeier: Dienstag, 11 Uhr, in der Trauerhalle des Südfriedhofes. Von Kranzspenden und Beileidsbesuchen bitten wir absehen zu wollen.

In der Nacht zum Mittwoch starb nach längerem Leiden unser langjähriges Vorstandsmitglied Herr Hofkürschner Bruno Opitz. Wir verlieren in dem Dahingeschiedenen einen unserer treuesten Mitarbeiter und werden sein Andenken stets in hohen Ehren halten. Verein deutscher Kürschner Oscar Wenke, Leipzig. 1. Vorsitzender. 838

# DRESDNER BANK

Aktiva.

Bilanz per 31. Dezember 1919.

Passiva.

Aktiva		Passiva	
A	h	A	h
Kasse, fremde Geldsorten, Zinnscheine und Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken	500 129 043 80	Aktien-Kapital-Konto	2 000 000 000
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	4 390 865 845 55	Rücklage A	51 000 000
a) Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten	4 390 865 845 55	Rücklage B	29 000 000
b) eigene Akzepte	—	Talonsteuer-Rücklage-Konto	914 536
c) eigene Ziehungen	—	Glaubiger	159 046 053 60
d) Solawechsel der Kunden an die Order der Bank	—	a) Nostroverpflichtungen (einschl. der für Reich und Reichsbank übernommenen)	4 674 883 20
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen	778 789 362 85	b) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	330 763 434 85
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere	538 677 316 15	c) Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen	1 615 173 918 75
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen davon am Bilanztag gedeckt	381 711 755	d) Einlagen auf provisionsfreier Rechnung	1 016 174 084 40
a) durch Waren, Fracht- oder Lagerscheine	119 552 463 65	1. innerhalb 7 Tagen fällig	327 471 854 30
b) durch andere Sicherheiten	265 333 263 60	2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig	271 527 980 05
Eigene Wertpapiere	122 001 799 10	3. nach 3 Monaten fällig	4 359 470 546 50
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten (davon M. 44 154 138,65 verzinsliche Schatzanweisungen)	55 469 274 85	e) sonstige Glaubiger	4 859 470 546 50
b) sonstige bei der Reichsbank u. anderen Zentralnotenbanken beleihbare Wertpapiere	6 210 657 35	1. innerhalb 7 Tagen fällig	995 798 176 50
c) sonstige börsengängige Wertpapiere	54 420 313 40	2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig	161 269 511 70
d) sonstige Wertpapiere	5 871 553 50	Akzepte	107 582 778 95
Konsortialbeteiligungen	53 347 357 90	Noch nicht eingelöste Schecks	190 286 273 30
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen	53 718 053 15	Außerdem	
Schuldner in laufender Rechnung	1 866 926 300 50	Aval- u. Bürgschaftsverpflichtungen (einschl. der für Reich u. Reichsbank übernommenen) M. 2 262 903 334,75	
a) gedeckte	1 230 196 822 60	Eigene Ziehungen	—
b) ungedeckte	636 729 477 90	davon für Rechnung Dritter	—
außerdem Aval- und Bürgschaftsschuldner M. 2 262 903 334,75		Weitergegebene	—
hierunter Aval-Forderungen an Reich und Reichsbank M. 418 810 700.—		Solawechsel der Kunden an die Order der Bank	—
Bankgebäude	46 164 280 35	Dividenden-Konto	746 272 —
Sonstige Immobilien	2 830 245 25	Pensions-Fonds-Konto	6 841 459 60
Mobilien-Konto	2 218 501 90	König-Friedrich-August-Stiftung	114 759 90
Pensions-Fonds-Effekten-Konto	3 714 752 60	Georg-Arnstaedt-Stiftung	153 722 35
Effekten-Konto der König-Friedrich-August-Stiftung	95 205 —	Uebergangsposten der Zentrale und Filialen untereinander	508 240 35
Effekten-Konto der Georg-Arnstaedt-Stiftung	122 250 —	Reingewinn	50 658 039 40
Saldo der Zentrale und auswärtigen Abteilungen mit unserer Niederlassung in London	20 730 536 85		
	8 824 032 805 95		8 824 32 605 95

Verlust.

Gewinn- und Verlust-Konto per 31. Dezember 1919.

Gewinn.

Verlust		Gewinn	
A	h	A	h
Handlungs-Unkosten-Konto	72 439 623 —	Vortrag von 1918	388 778 10
Steuern	12 909 569 30	Sorten- und Zinnschein-Konto	2 972 026 25
Reingewinn	50 658 039 40	Wechsel- und Zinsen-Konto	81 061 480 35
		Provisions-Konto	48 227 023 16
		Effekten- und Konsortial-Konto	—
		Erträge aus dauernden Beteiligungen bei andern Banken	2 364 310 45
		Tresormieten	993 613 40
			136 007 231 70

Dresden, den 31. Dezember 1919.

## DRESDNER BANK

E. Gutmann. Nathan. Jüdel. Herbert M. Gutmann. Hrdina. Kleemann. Ritscher. Frisch.

### Fleischverteilung.

Am Samstag gelangen in sämtlichen Metzgereien auf die Fleischmärkte 1-10

#### 200 g Rind- und Schafffleisch

zur Verteilung.

Der Preis beträgt 4,40 RM. die 200 g Rindfleisch  
11.— RM. das Pfd.  
5,20 RM. die 200 g Bratenfleisch  
13.— RM. das Pfd.

Außerdem werden in den Metzgereien mit den Anfangsbuchstaben K-R einschließlich

#### 50 g Leber- und Blutwurst

verteilt. Der Preis beträgt für 50 g Leber- und Blutwurst 0,80 RM., 8.— RM. das Pfund. F 308

Wiesbaden, den 7. Juli 1920. Der Magistrat.

### Freiwillige Versteigerung.

Am 13. d. M., nachmittags 3 Uhr, sollen Gustav-Adolfstraße 10, hier, öffentlich gegen Barzahlung an den Meistbietenden gemäß § 373 des Deutschen Handelsgesetzbuches

#### 193 Zentner Seegrass

versteigert werden.

Offenbach a. M., den 8. Juli 1920. F 307

Böhler, Gerichtsvollzieher, Sprengelstraße 23, 2.

### Borläufige Anzeige!

Freitag, den 3. September d. J., verweigern wir in Mainz in der Siebertstraße:

#### 40 Stück bester Qualität 1919er Naturweine

darunter auch Riesling-Weine, sowie ca. 30 Stück rationell verbesserte Weine.

Näheres später. F 5

Winzer-Genossenschaft, E. G. m. u. H., Alshelm, Grenzacher Alshelm Nr. 11, Direktor Marzahn.

### Achtung! Preisturz!

Holl. Gouda-Käse 1/2 Pfd. 8.— RM. Josef Buchner, Zannstraße 28, Telefon 4906.

## TROCADERO

im „Simplicissimus“.

Neu-Eröffnung Freitag, den 9. Juli, abends 8 1/2 Uhr.

Marcel's Jazz-Band-Kapelle.

Fest-Souper 25 Mk.

## Restaurant RITTER

Unter den Eichen.

Die ausgefallene volkstümliche Unterhaltung findet am Samstag abend 8 Uhr statt!

### Dothheim

#### Gartenkaffee Panorama

Endstation Panoramaweg.

Wiener Kaffee.

Täglich frisch den berühmten Streusel- und Kirschenkuchen.

## Reflektflächen

am Hof in der Zurlingstraße  
bes. Tagblatthaus zu vermieten.  
Röh. Schalterhalle, Kontore rechtig.

### Schiffs-Nachrichten.

Dampfer	Abgang	Wohin
„Limburg“	2. Juli	von Bahia, Holmsee.
„Geldria“	3. Juli	in Amsterdam.
„Hollands“	4. Juli	von La Coruna, Anzeise.
„Frisla“	5. Juli	in Amsterdam.
„Rijnland“	24. Juli	Quessant passiert, Anzeise.
„Maasland“	1. Juli	von Rio de Janeiro, Anzeise.
„Gooland“	2. Juli	in Buenos Aires.
„Eemland“	23. Juni	Quessant passiert, Anzeise.
„Kennemerland“	26. Juni	von Santos, Anzeise.
„Goolland“	2. Juli	Fernando Noronha pass., Holmsee.
„Salland“	3. Juli	in Amsterdam.
„Drechtter Id“	4. Juli	in Amsterdam.
„Gaastrerland“	25. Juni	Dungenos passiert, Anzeise.

General-Agentur: Bora & Schottelmaier, Wiesbaden, Hotel Nassauer Hof. F 325

### Konsum-Verein für Wiesbaden u. Umgegend

a. G. m. b. H., Wiesbaden. Büro: Hellmundstraße 45. — Telephon 490, 6141. F 366

### !!! Frisch eingetroffen !!!

in Karotten . . . per Pfund 75 Pf.  
in Schotenerbäsen „ „ 75 „

Ferner machen wir schon heute darauf aufmerksam, daß demnächst einige Wagen grüne Bohnen eintreffen. Durch direkte Verbindung mit den landwirtschaftlichen Erzeugern glauben wir unseren Mitgliedern durch Ausschaltung des Zwischenhandels auch hierbei erhebliche Vorteile bieten zu können. Der Vorstand.

## Trauben-Wein

Weiß- und Rotwein von vorzüglicher Qualität per Liter Mk. 18.— ohne Steuer offeriert

### F. Hofmeister

Bleichstraße 44. Tel. 1756.

Für sofortige Lieferung kann ich abgeben:

### Größere Mengen Kupferdraht

7 litzig, je 1/2 mm, mit Gummi und Baumwolle isoliert, waggonweise in Rollen von 200-500 m lieferbar. Preis pro Meter RM. 3.—

Rudolf Beck, Ingenieur, Wiesbaden.

### Lagerhaus o. Lagerräume

sofort zu mieten oder zu kaufen gesucht. Grundstück in zentraler Lage oder Nähe Westbahnhof bevorzugt. Offerten unter W. 223 an den Tagbl.-Beri.

## Lästige Haare! = Decrinol =

entfernt alle lästigen Haare sicher und unschädlich. Alleinverkauf: Schützenhof-Apotheke, Langgasse 11. 463

## Zurückgekehrt. Dr. Schacht

Luisenstr. 24.

### Weißer Schuhe

Herren- u. Damenstiefel

Halbschuhe, Arbeitsschuhe, Kinderstiefel

gut und preiswert.

Schneidm., Bleichstr. 1

Eingang Hof, Auto-Garage.

Röhmann, Einjahrband.

Wagner, Rheinlitz, 79.

### Regenschirme

mit eigener Fabrikat.

Reparaturen.

Schirmfabrik Renfer, Marktstraße 32.

Griffkaffee

### Polsterarbeiten

Neubesetzen u. Umändern o. Polstermöbeln u. Best. übernehmen während der stillen Geschäftszeit bei aus. Berechnung

Gebäude Reich, Oranienstr. 6, Hpt. 3319.

Großer Preisabschlag. Maler, Ländchen, Anst. Reich u. Ladler, Arb. Friedrich Schleich, Hermannstraße 18.

### Wanzen

nebst Brut u. Eier vernichtet unter schriftlicher Garant. F. Schidel, Hauptstr. 2, Desinfektor, Deilmundstraße 46, 2.

### Trod. Buchen-, Kiefern- und Schwarten-Holz

kurz geschnitten, mehrere Kuben billig abzugeben. Hauptstr. 35, 2, 5049.

Baunehne Str. 2, 19. St. St. Str. 2, 75. edles Haat.

Kupfer, Nikolastraße 8.

### Bill. Zigarren

von 60 St. an. 3th.

Dohheimer Straße 101.

F 303

### la erstklassiger

#### Apfelwein 6/7 0

liefert in jedem Quantum von 25 Liter ab

pro Liter 4.— 4.50 u. 5.—

ohne Steuer.

frei nach jeder Station, für Wiesbaden ins Haus.

### Saladin Franz

Wiesbaden

Walramstr. 5. Tel. 4975.

### Heidelbeeren

jedes Quantum, Pfund 2,20 RM. Gefäße mitbr. Kabe, Grabenstraße 34.

### Stachelbeeren

1/2, 3/4 Pf. perf. Müller, Walramstraße 20

Wer liefert

### Holl. Margarine

1-Pfd. — 5-Pfd.-Blocks, alle Sorten Käse?

Preisangabe: Löhmer, Bismarckstr. 22.

### Deutscher Hof

Goldgasse 4.

Samstag abend 6 Uhr:

### Ball.

### Theater

Residenz-Theater. Freitag, 9. Juli.

Das Gladiatör.

Vollständ. mit Erfolg in drei Akten von Otto Schwan.

In den Hauptrollen sind beschäftigt: Die Damen: Frau Schütz, Emma Pflanz, Gertha Winkler, Maria Winkler.

Die Herren: Eduard Bay, Carl Sauer, Carl Schwan, Rudolf Sauer, F. W. Winkler, Hermann Winkler.

Beginn 7. Ende 9.30 Uhr.

Rückgang der Kohlenförderung im Ruhrgebiet.

mz. Essen, 9. Juli. Zur Verkehrslage im Ruhrgebiet wird mitgeteilt: Die Kohlenförderung der Zechen im Ruhrrevier ging in der vergangenen Woche (vom 28. Juni bis 3. Juli) noch weiter zurück. Die Beteiligung an den verfahrenen Überprüfungen nimmt ab. Eine Reihe von Bergwerken hat auf Beschluß des Betriebsrates die Überprüfungen eingestellt. Als Hauptgrund hierfür wird die schlechte Brotverforgung bezeichnet. Weiterhin ist zu berücksichtigen, daß die Förderung in den ersten Tagen des Monats stets geringer zu sein pflegt und daß eine Anzahl Bergwerksmitarbeiter zur Abkühlung beurlaubt ist.

Der Abtransport ging unter diesen Umständen glatt vonstatten. Von den Lagerbeständen wurden etwa 37 000 Tonnen abgefahren, so daß sie sich am 3. Juli nur noch auf 211 395 Tonnen beliefen. Die Waagenaustellung betrug wertschätzend 19179 Waagen gegen 20 750 in der Vorwoche. Der katholische Feiertag am 29. Juni ist hierbei ebenso wie bei den folgenden Zahlen nicht berücksichtigt. Noch früher war der Rückgang im Brennstoffumschlag der Duisburger Ruhrorter Häfen. Hier wurden wertschätzend 23 630 Tonnen gegen 32 480 Tonnen erzielt. Der Umschlag in den Kanälen ging von 28 000 auf 26 000 zurück. Der Wasserstand des Rheines ist immer noch auf. Leider hat aber in den letzten Wochen die für den Oberrhein im Betracht kommende Schiffsverkehr erheblich nachgelassen, so daß auf der Ruhrorter See zahlreiche Kähne auf das Abfließen warten. Kahnverkehrsraum steht im Rheingebiet noch genügend, im Kanalgebiet sogar reichlich zur Verfügung.

Die internationale Konferenz der Postverwaltungen.

mz. Paris, 8. Juli. Die internationale Konferenz der Postverwaltungen ist gestern im Ministerium für öffentliche Arbeiten zusammengetreten. Alle Länder Europas sind vertreten. Drei Kommissionen wurden eingesetzt. Sie beschäftigen sich mit der Wiederherstellung der internationalen Postverbindungen, mit der Wiederherstellung des internationalen Telegraphen- und Fernsprechnetzes sowie mit der Frage des internationalen Funkdienstes. Deutschland ist durch sieben Delegierte vertreten.

Verringerung der Dienstpflicht in Frankreich.

mz. Paris, 9. Juli. (Savas.) Im Senat erklärte der Kriegsminister Lelong zur Frage der Militärdienstpflicht, alle Welt sei von dem Wunsche befeuert, den Militärdienst zu verringern und man müsse daher eine militärische Vorbereitung wie in Belgien organisieren, das das Turnen obligatorisch in den Unterricht einführte. Es sei notwendig, daß dieser Unterricht in Frankreich obligatorisch werde; denn er werde die Laiken der Nation verändern und den Militärdienst einschränken. Jedermann, Familie, Gemeinde und Staat, müßte die notwendigen Opfer bringen; das Entgelt werde die Herabsetzung der Kalernenzzeit für die Jugend sein.

Aus dem englischen Unterhaus.

W. T. B. London, 9. Juli. (Drachbericht.) Bottomley fragte im Unterhaus an, ob Holland Mitglied des Völkerbundes sei und ob die englische Regierung an den Völkerbund herantreten sei, um einen Druck auf Holland auszuüben, damit die holländische Regierung ihre Weigerung, den ehemaligen deutschen Kaiser auszuliefern, aufhebe. Bonar Law bejahte die erste und verneinte die zweite Frage. Auf eine weitere Anfrage Bottomleys bezweifelste Bonar Law, daß irgendwelche Vorstellungen des Völkerbundes mehr Erfolg haben würden als die Vorstellungen, die von den Mächten gemacht worden seien.

Grey gegen Geheimverträge.

mz. Rotterdam, 7. Juli. Bei der Eröffnung des englischen Instituts für internationale Angelegenheiten laute Lord Grey, die englische Regierung müsse der Welt deutlich zu erkennen geben, daß sie in Friedenszeiten keine Geheimverträge mehr haben wolle. Wenn wir den Frieden der Welt in Zukunft aufrechterhalten wollen, müssen wir nicht nur national, sondern auch international denken. — Balkan besetzte seine warme Zustimmung zu den Ausführungen Greys. — Clunes betonte im Namen der Arbeiterpartei das zunehmende Interesse der Arbeiterchaft für die auswärtigen Angelegenheiten.

Die Seeleute gegen künftige Kriege.

mz. Amsterdam, 9. Juli. (Drachbericht.) Wie die Times aus Melbourne meldet, beschloß der Seemannsbund, die Organisation der Seeleute aller Länder aufzufordern, auf der Konferenz die Haltung der Seeleute in einem künftigen Kriege festzustellen. Man will künftige Kriege unmöglich machen dadurch, daß eventuell die Besatzung der Schiffe den Dienst verweigern würde.

von Rauchenberg, 1610 aus seinem Tafelstüber schlagen ließ, den abenteuerlichsten Anblick, denn sie sahen noch deutlich die Formen und Verzierungen der Teller und Schüsseln erkennen. Aus Tempelschalen und in christlichen Zeiten aus Kirchengesäß sind häufig Münzen geschlagen worden. So besitzen wir noch heute die Kolimänen, die die Athener im peloponnesischen Krieg aus den Tempelschalen der Akropolis und die Phoker im Heiligen Krieg aus den Reichthümern des Apollotempels in Delphi schlugen. Karl XII. von Schweden überließ dem sein Land mit großen Massen von schwarzen Tafeln, die nach seinem Tod zu einer Art Staatsbankrott führten und ihren Erfinder, den Grafen Götz, auf das Schafott brachten. In Schweden sind auch riesige Kupferplatten von einer Seitenlänge bis zu 25 Zentimeter mit aufgetempelter Veranlagung als Geld benutzt worden. In der Zeit der Papierräuber der französischen Revolution gaben französische Kaufleute kupferne Geldzeichen aus, die man als „monnaie de confiance“ bezeichnete. Im belagerten Kolberg ließ Rottlieb Vampzettel als Geld ausgeben, und so ist das Geld nun einmal nicht zu entbehrende Geld in Notzeiten, in den verschiedensten Formen und Stoffen von den Menschen stets mit der gleichen Eile begehrt und erlangt worden.

Aus Kunst und Leben.

\* Eine Schweminger-Pfiederkur Richard Boh'. In seinen im Verlag J. Engelhorns Nachf. in Stuttgart erschienen Lebenserinnerungen „Aus einem phantastischen Leben“ berichtet Richard Boh' über eine sehr heilsame, aber entsetzliche Pfiederkur, die ihm der berühmte Professor Schweminger auferlegte. Bei der ersten Konsultation befand er (Schweminger) sich in übersterblicher Laune, so daß es zwischen uns zu einem heftigen Austritt kam. Meine arme Frau hatte Mühe, zwischen uns zu vermitteln. Schließlich willigte er ein, mich zu behandeln, aber nur aus dem Grunde, weil ich ein „Ball“ sei, der ihn interessiere. Die Kur, der ich mich unterwarf, erstete damals in München ärztlichen Kreisen Aufsehen. Ich wohnte im Hotel Marienbad unter Obhut eines von Schweminger angestellten Pflegers, der mich streng nach den ihm erteilten Verordnungen behandelte. Von frühmorgens an bekam ich jede halbe Stunde heiße Arm- und Kopfbäder. Das Wasser hatte über 40 Grad und

Die Erfolge der Griechen.

mz. Paris, 8. Juli. Wie das „Echo de Paris“ meldet, soll Venizelos gestern den Mitgliedern des Obersten Rats in Spa mitgeteilt haben, das Vorgehen der griechischen Armee sei vollständig von Erfolg gekrönt. Die Streitkräfte Kullata niemals seien gebrochen.

Persiens künftige Politik.

W. T. B. London, 7. Juli. (Drachbericht.) Reuter erklärt: Im neuen persischen Kabinett Muschir ed Dauleh wird Maschar es Sattanen Minister des Äußeren. In maßgebenden persischen Kreisen in London wird erklärt, die Mitglieder des Kabinetts seien meistens in Europa erzogen und seien sich darüber klar, daß die Interessen Persiens mit denen Großbritanniens identisch seien.

Die interalliierte Konferenz für Armenien.

W. T. B. Paris, 8. Juli. (Drachbericht.) Die interalliierte Konferenz für Armenien trat in Paris zur Prüfung der Lage dieses Landes zusammen. Die Konferenz hat die britische Regierung gebeten, die Truppen aus Batum und den anderen am Schwarzen Meer liegenden Häfen erst zurückzuziehen, wenn sich die dortigen Armenier in Sicherheit befinden. Die Konferenz erluchte den Obersten Rat, er möge zum Schutze der Republik Armenien die nötigen Maßregeln treffen und sich in den Besitz der Provinzen von Türkisch-Armenien legen, die gemäß dem Beschluß der Friedenskonferenz zu Armenien gehören.

Wiesbadener Nachrichten.

Die Ein- und Ausfuhr von Waren.

Der Delegierte des Reichsbeauftragten für die Überwachung der Ein- und Ausfuhr in Köln macht uns folgende Mitteilungen: Die in jüngster Zeit stattgefundenen Beschlagnahmen von Postpaketen und Gepäckstücken haben die Fernübertragung gewisser Kreise hervorgerufen, die inwieweit berechtigt erscheinen, als den Handelstreibenden die gezielten Bestimmungen, nach denen diese Beschlagnahmen erfolgen, nicht oder nicht genügend bekannt sind. Diese Unkenntnis ist noch durch eine Preisveröffentlichung gesteigert worden, die vor kurzer Zeit von offenbar nicht amtlicher Stelle veranlaßt worden ist. Ungehindert können im Frachtverkehr vom besehten ins unbesehte Gebiet überführt werden alle einfuhrfreien Waren, alle Sendungen, deren Beförderungspapiere auf Grund einer Freigabe und Verabreichung der zuständigen Wirtschaftsstelle oder auf Grund einer Einfuhrbewilligung den Stempelvermerk des Kölner Delegierten des Reichsbeauftragten bzw. seiner Verkehrsstellen bei den Handelskammern erhalten haben, endlich alle Waren, deren Beförderungspapiere von einer Handelskammer mit der Befreiung des inländischen Ursprungs versehen sind oder deren inländische Herkunft offensichtlich ist.

Während die Überwachung des Frachtverkehrs sich grundsätzlich auf die Beförderungspapiere erstreckt, fällt diese Kontrolle beim Postpaketverkehr und beim Gepäckverkehr auf der Eisenbahn fort. Schieber benutzen diese Kanäle, um ihre Ware entgegen den Bestimmungen der Zentralisationsverordnung und des Einfuhrverbots ins unbesehte Gebiet zu leiten. Täglich wird festgestellt, daß Geschäftsleute, die gewöhnlich ihre Waren im Frachtverkehr ins unbesehte Gebiet schicken würden, dieselbe Menge in zahlreichen Postpaketen an die gleiche Adresse zum Versand bringen. Noch häufiger werden die Fälle beobachtet, wo als Passagiergut und in Postpaketen Waren versandt werden, die nach den Befreiungsvoraussetzungen nicht frei behandelt werden dürfen oder die mangels Freigabe durch den Delegierten des Reichsbeauftragten oder mangels Einfuhrbewilligung als unerwünschte Ware der Verfallserklärung nach dem Einfuhrverbot unterliegen.

Gegen diese Einwirkungen richten sich die unregelmäßig sich wiederholenden polizeilichen Maßnahmen. Zur Verhütung des erbsären Handels sei jedoch mitgeteilt, daß auf den letztgenannten Wegen ungehindert ins unbesehte Gebiet überführt werden dürfen: a) einfuhrfreie Waren; b) Inlandswaren, so weit nicht etwa Bewirtschaftungsordnungen entgegenstehen; c) von der Prüfungsstelle des Delegierten freigegebene Waren, auf deren Übernahme die zuständige Reichsstelle — sofern sie zentral bewirtschaftet sind — nachweislich verzichtet hat; d) Ware, für die eine — nicht etwa auf das besehte Gebiet beschränkte — Einfuhrbewilligung erteilt ist.

Alle Handelstreibenden, besonders solche, die als Zwischenhändler Waren in das unbesehte Gebiet verladen, werden nachdrücklich gewarnt, sich Waren zu beschaffen oder Waren zum Versand zu bringen, ohne sich des Vorliegens der obengenannten Voraussetzungen zu vergewissern. Etwasige Anträge sind an die Abteilung 3 des Delegierten des Reichsbeauftragten in Köln, Poststr. 26, zu richten. Auch die Verkehrsstellen der Reichskontrolle bei den Handelskammern im besehten Gebiet stehen in den Dienststunden zu Auskünften zur Verfügung. Die für den

Beizt zuständige Verkehrsstelle ist in Wiesbaden Luisenplatz 3, 1. Sprechstunden des Leiters der Verkehrsstelle sind von 10 bis 11 Uhr vormittags.

— Fleischverteilung. Am Samstag werden in sämtlichen Metzgereien 200 Gramm Rind- und Schaffleisch verteilt; außerdem in den Metzgereien mit den Anfangsbuchstaben R bis K einfaßl. 50 Gramm Leber- und Blutwurst. — Niemand hat Anspruch auf Lieferung einer bestimmten Sorte Wurst. Die Metzger können nur diejenige Sorte verabfolgen, die ihnen zur Verteilung überwiesen worden ist.

— Zur Vermeidung von Unglücksfällen. Der Polizeipräsident gibt bekannt: Zur Durchführung eines geordneten Fußverkehrs in den Straßen der Stadt Wiesbaden und zur Vermeidung von Unglücksfällen empfiehlt es sich, daß die Führer von Fuhrwerken und Kraftfahrzeugen beim Einbiegen in eine Straße diese Absicht durch Hinausstrecken eines Armes nach der neuen Fahrtrichtung hin anzeigen. Die Verkehrsstellen der Polizei sind angewiesen, das Freilein der Straße durch gleiche Armbewegungen anzuzeigen bzw. bis zum Freileiben ein Haltezeichen durch Hochheben des Armes zu geben. Durch diese Maßnahme wird auch dem Befahren der für den Fuhrwerksverkehr verbotenen Straßen vorgebeugt, und die Führer der Fahrzeuge werden vor Strafe geschützt.

— Stiftung des Gewerbevereins. Von der Ansicht ausgehend, daß die Zukunft unseres Volkes nicht nur von der intensiven Arbeit, sondern besonders auch von Qualitätsarbeit abhängt, und daß demzufolge die Ausbildung des Handwerkerstandes in jeder Weise gefördert werden muß, hat der hiesige Gewerbeverein aus verfügbaren Mitteln den Betrag von 3000 M. seinem Stiftungsvermögen zugefügt, das aus Zuwendungen hiesiger Bürger besteht und zurzeit 41 035 M. beträgt. Die Zinserträge des Stiftungsvermögens sind zu Stipendien und Lernmittelbeschaffungen für arme Schüler bestimmt. Da die Gewerbevereine — eine Gründung des Gewerbevereins —, aus welcher die jetzige städtische Handwerker- und Kunstgewerbeschule hervorgegangen ist, am 1. Dezember d. J. auf ihr 75jähriges Bestehen zurückzuführen kann, so hat der Vorstand beschlossen, eine Stiftung als Erinnerungsfestigung an das 75jährige Jubiläum der Schule zu bezeichnen. Der Verein hofft, daß sein Vorgehen und das demnächstige Jubiläum der Gewerbeschule Freunden des Gewerbevereins die Anregung geben möge, ebenfalls Stiftungen zum Zweck der gewerblichen Aus- und Weiterbildung zu machen. — Zum Luft- und Sonnenbad „Volkspark“ hat der Verein 100 M. gestiftet.

— Aufbringung des einmaligen Fernsprechbeitrags. Es sind Klagen darüber laut geworden, daß zahlreiche Fernsprechnutzer Schwierigkeiten haben, den einmaligen Beitrag zum Ausbau des Fernsprechnetzes (1000 M. für einen Hauptanschluß und 200 M. für jeden Nebenanschluß) aufzubringen. Die Schwierigkeiten lassen sich beheben. Dem Vernehmen nach schweben bereits beim Reichspostministerium Verhandlungen mit gemeinnützigen Unternehmen, die bereit sind, das Geld auf Antrag zu einem mäßigen Uberschuß von etwa 3 v. H. der Telegraphenverwaltung für die Teilnehmer zur Verfügung zu stellen. Sobald die Verhandlungen zum Abschluß gekommen sind, wird weiteres sofort bekanntgegeben werden.

— Versand von Brantwein vom besehten nach dem unbesehten Gebiet. Der Handelskammer Wiesbaden ist von der Verkehrsstelle der Reichskontrolle nachfolgende Mitteilung zugegangen: 1. Brantweineinfuhren, die aus dem besehten in das unbesehte Gebiet zum Einzug kommen, und deren Auslandskunft zweifellos feststeht, sind ohne Einfuhrbewilligung für verfallen zu erklären. 2. Alle anderen Brantweineinfuhren ohne Einfuhrbewilligung sind stets sicherzustellen und umzusetzen. Das Reichsmonopolamt für Brantwein behält sich allein das Entschscheidungsrecht vor, ob eine Sendung aus dem besehten in das unbesehte Gebiet als Inlandsware betrachtet werden kann. 3. Sendungen, die den runden roten Stempel der Verkehrsstelle tragen, sind von der Spruchkammer des Delegierten in Köln freigegeben und vom Reichsmonopolamt für Brantwein liegt die Verzichtsbescheinigung vor. 4. Sendungen, die den grünen vierseitigen Stempel der Verkehrsstelle tragen, sind nur von der Spruchkammer des Delegierten in Köln freigegeben. Sendungen zu 3 sind vor Verfallserklärung und Erlaßung durch die Zentralisationsbestimmungen geschützt. Sendungen zu 4 sind nur vor Verfallserklärung geschützt.

— Die Einführung einer Altersgrenze für Beamte. Der Gesekentwurf bestimmt: Unmittelbare Staatsbeamte, so weit sie nicht richterliche Beamte sind, und Volksschullehrer treten mit dem auf die Vollendung des 65. Lebensjahres zunächst folgenden 1. April oder 1. Oktober in den Ruhestand. Mit dem gleichen Zeitpunkt sind die Lehrer an den wissenschaftlichen Hochschulen von ihren amtlichen Verpflichtungen entbunden. Richterliche Beamte treten mit dem auf die Vollendung des 68. Lebensjahres zunächst folgenden 1. April oder 1. Oktober in den Ruhestand. Das Gelek findet auch auf Beamte Anwendung, die sich im einseitigen Ruhestand befinden. Für Staatsminister gilt das Gelek nicht. Das Gelek tritt am 1. April 1921 in Kraft.

kurze Zeit am Leben zu erhalten. Bei der Fütterung mit Sojabohnen war das Höchstalter 233 Tage, bei Sojabohnen 200, bei Weizen 211, bei Gerste 159, bei Hafer 262 Tage; am besten wurde Kleinfreier Roggen vertragen, bei dem die Tiere ein Alter von 380 Tagen erreichten. Man hat angenommen, daß die Erkrankungen die Folge des Fehlens der für die Verdauung notwendigen Anreicherungsmittel wären, aber es zeigte sich, daß bei abwechselnder Darreichung dieser Anreicherungsmittel die Lebensdauer der Tiere zwar länger, indessen auch nicht normal war. Bei der Fütterung eines Gemisches von reinen Nahrungstoffen, das 25 Prozent Eiweiß, 40 Prozent Stärke, 15 Prozent Rohrzucker, 5 Prozent Zellulose, 10 Prozent Fett und 7 Prozent Asche enthielt und das sehr gern genommen wurde, war die Lebensdauer nicht länger als 80 Tage, und es traten die verschiedensten Krankheitserscheinungen, besonders an der Haut, auf. Aberrhalten zieht aus diesen Feststellungen den Schluß, daß die den Erkrankungen entgegenwirkenden Stoffe unmittelbar vom Darm aus einzuwirken und im Zellstoffwechsel selbst eine Rolle spielen. Fallen diese „Reizstoffe“ (Ratramine), die sich sonst in der Nahrung stets finden, fort, so fehlt ein wichtiger Bestandteil im Gesamtstoffwechsel, und dieser ist gestört. Da die einzelnen Tierarten auf bestimmte Nahrungsmittel verschieden reagieren, müssen die Reizstoffe für sie auch verschieden sein, für jede Tierart kommt ein Gemisch von Nahrungstoffen in Frage, dessen Natur bisher unbekannt ist.

Kleine Chronik.

Bildende Kunst und Musik. Gestern nachmittag erfolgte um 6 Uhr in Groß-Zenau an der Anstalt die Beerdigung des verstorbenen Geh. Hofrats Dr. Max Klingner, und zwar mit behördlicher Genehmigung aus seinem eigenen Bestattung. Unter der zahlreich anwesenden Trauergemeinde befand sich u. a. Oberbürgermeister Dr. Rothke als Vertreter der Stadt Leisnig, ferner Vertreter der Universität Leisnig, des Deutschen Künstlerbundes, der Berliner Akademie der Künste, der Berliner Sezession und des Dresdener akademischen Rats. — Max Liebermann hat jetzt die Bibel zu illustrieren begonnen. Und zwar mit Radierungen zum Buch „Tobias“, das von M. J. Ein Gortion nach der Schrift neu geordnet im Inselverlag erscheinen soll.

war gerade noch zu ertragen. Das Haar fiel mir aus, und meine Arme wurden blutdürstig. Nach jedem Bad erteilte mir der Pfleger, ein junger Hercules, sechs Radenschläge. Dann wachte er mit beiden Händen meinen Kopf und rief ihn jedesmal so tief herunter, wie er nur konnte. Kaum hatte ich mich von dieser Prozedur notdürftig erholt, kam wieder das glühende heiße Bad, kamen wieder die schmerzhaften Schläge ins Gesicht und das Herabziehen des Kopfes. Diese Tortur dauerte bis zum späten Nachmittag. Auch mußte ich mich wohl sechs mal des Tages niederlegen; der Wabemesser kniete auf meinen Leib und massierte mich mit seinen Knien. Hand ich nach all dem keinen Schlaf, so mußte ich aufstehen, ein Stück Koastbeef essen, dazu ein Glas starken Burgunder trinken und so lange ammorische Übungen machen, bis ich in halber Bewußtlosigkeit auf das Bett laut. Ich führte diese Kur volle 5 Monate durch. Sie war grauam, aber sie erhielt mich am Leben; erhielt mich meiner Frau. Nur ihrwillen befaß damals das Leben für mich noch Wert.

C. K. Die Schädlichkeit einseitiger Nahrung. Die Erfahrung hat gezeigt, daß verschiedene Krankheiten wie Pellagra, Beriberi, Sclorbut, dann auftreten, wenn eine Zeitlang eine ganz einseitige Nahrung gereicht worden ist, bei der bestimmte nach unbekanntem Stoffe fehlen. Auf diese Tatsache haben neuere Untersuchungen Aberrhaltens, über die in der „Naturwissenschaftlichen Wochenschrift“ berichtet wird, neues Licht geworfen. Schon vor ihm hatten andere Forscher bei Versuchstieren durch ausschließliche Ernährung mit Getreidekörnern oder Brot innerhalb eines Monats stocherähnliche Erscheinungen hervorgerufen. Bei jungen Ratten, die mit mäßigem reinen Nahrungstoffen gefüttert wurden, hörte das Wachstum auf. Aberrhalten stellte zunächst eine Versuchstiere an, bei der er Ratten mit gefülltem Reis ernährte. Die Tiere erreichten dabei nur eine Lebensdauer von 100 bis 200 Tagen; in der ersten Zeit waren sie gesund, nach 4 Wochen wurde das Fell jedoch ungepflegt, es bildeten sich Knötchen und Auswüchse, einige zeigten Krämpfe, andere Lähmungen, man beobachtete eine besondere Lichtscheu, und die Fortpflanzungsfähigkeit hörte auf. Bei ausschließlicher Ernährung mit gewöhnlichem Reis war das höchste Lebensalter 140 Tage, und auch hier war die Fortpflanzungsfähigkeit stark beeinträchtigt. Nachkommen von Dehydratation waren mit Mais nur

